11. Wahlperiode

04.03.1991 the-ro

Sportausschuß

Protokoli

- 9. Sitzung (nicht öffentlich)
- 4. März 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Rohe (SPD)

(13.30 bis 13.35 Uhr und 14.00 bis 15.15 Uhr) Abgeordneter Dr. Klimke (CDU) (Stellvertreter)

(13.35 bis 14.00 Uhr)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde: Situation Pferdewetten - Neue Konzepte des Direktoriums für Vollblutzucht

1

Zu diesem von der CDU-Fraktion beantragten Thema nimmt der Ausschuß einen Bericht des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft entgegen

04.03.1991 the-ro

Seite

und diskutiert darüber.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des

11

Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Einzelplan 05 - Kultusminister

Beilage 5 - 13. Landessportplan

Der Antrag der SPD-Fraktion, im Kapitel 05 810 die Verpflichtungsermächtigungen für den Sportstättenbau um 20 Millionen DM - und zwar bei Titel 883 60 um 10 Millionen DM, bei Titel 893 60 um 7 Millionen DM und bei Titel 883 80 um 3 Millionen DM - zu erhöhen, wird bei Enthaltung der CDU-Fraktion gegen die Stimmen von F.D.P. und GRÜNEN angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, in Kapitel 05 810 Titelgruppe 90 "Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet" den Ansatz um 2 Millionen DM - und zwar je 1 Million DM bei den Titeln 653 90 und 685 90 - zu kürzen, wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, in Kapitel 10 020 Titel 892 62 die Erläuterungen zu streichen, wird bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN angenommen.

Der Ausschuß beschließt einstimmig, die Landesregierung um Aufnahme dieses Titels in den Landessportplan zu bitten.

04.03.1991 the-ro

Seite

Der Antrag der CDU-Fraktion (Anlage 2 zu diesem Protokoll) auf Erhöhung des Ansatzes bei Kapitel 05 810 Titel 684 60 Ziffer 6 - Zuschüsse zur Förderung der Übungsarbeit in Sportvereinen - um 5 Millionen DM wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion, in Kapitel 20 030 Titel 883 11 "Zuweisung für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung" die Erläuterungen wie folgt zu ergänzen:

Außerdem können die Mittel bis zu einem Betrag von 50 Millionen DM zur Förderung des Neubaus, der Modernisierung und der Erweiterung von Sportstätten verwandt werden.

wird mit den Stimmen der SPD bei Enthaltung der GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Der Antrag der CDU-Fraktion, die Erläuterungen zu Kapitel 05 810 Titel 883 80 wie folgt zu ergänzen:

3 Mio des Ansatzes sind vorgesehen für die Modernisierung des Münsterland-Stadions.

wird mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln

Entsprechend dem Vorschlag der Landesregierung beschließt der Ausschuß einstimmig, den Ansatz in Kapitel 06 510 Titel 251 10 auf 661 200 DM und den Ansatz in Kapitel 06 110 Titel 331 20 auf

04.03.1991 the-ro

Seite

207 131 100 DM zu korrigieren.

Das Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln - wird unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderung bei Enthaltung der GRÜNEN einstimmig angenommen.

In der Gesamtabstimmung nimmt der Sportausschuß den 13. Landessportplan unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage Drucksache 11/1250 und der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der GRÜNEN an.

Als Berichterstatter wird der Ausschußvorsitzende benannt.

- 3 Sport und Immissionsschutz Rechtsverordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz
 - Sachstandsbericht des Ministers für Umweltschutz und Raumordnung

Der Ausschuß nimmt den Sachstandsbericht des Ministers für Umweltschutz und Raumordnung entgegen und bittet die Landesregierung, die in der Diskussion zum Ausdruck gekommene Auffassung des Ausschusses in die Beratungen im Bundesrat einzubringen.

16

04.03.1991 the-ro

Seite

4 Förderung des Behindertensports in Nordrhein-Westfalen

25

- Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Der Ausschuß nimmt den vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf der Grundlage der Vorlage 11/242 erstatteten Bericht zur Kenntnis.

Nächste Sitzungen: 18. März 1991, 13.30 Uhr

15. April 1991 mit Besuch der Equitana in Essen

20. Juni 1991 (Kommission) mit Besuch des 54. CHIO in Bad Aachen

04.03.1991 the-ro

Aus der Sicht der Landesrundfunkanstalt bestätigt Abteilungsleiter Dr. Brautmeier diese Aussagen. SAT 1 kenne die Bestimmungen zur Werbung im Rundfunkstaatsvertrag und die Werberichtlinien der Landesmedienanstalten und müßte in der Lage sein, das Programm sehr schnell medienrechtlich einwandfrei zu gestalten. Nach dem Gespräch am kommenden Donnerstag werde die LfR dem Ministerium ihre Einschätzung des Verhaltens von SAT 1 mitteilen.

Unter Hinweis auf die auch hier im Ausschuß wiederholt diskutierte Frage eines Vertrages zwischen dem Galopprennsport und dem britischen Wettunternehmen Ladbroke teilt Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) dem Ausschuß abschließend mit, daß Ladbroke den entsprechenden Vertrag in Holland von sich aus zu Ende September wegen Unwirtschaftlichkeit kündigen werde. Ladbroke habe durchblikken lassen, daß es dem Land Nordrhein-Westfalen dankbar dafür sei, das Unternehmen vor einem solchen Vertrag in Nordrhein-Westfalen bewahrt zu haben; denn auch dies wäre ein "Flop" geworden.

(Um 14 Uhr übernimmt Vorsitzender Rohe wieder die Leitung der Sitzung.)

Zu 2: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)

Abgeordneter Herder (SPD) erläutert die von seiner Fraktion eingebrachten - diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügten - Anträge:

Zum einen werde beantragt, die Verpflichtungsermächtigungen für den Sportstättenbau um insgesamt 20 Millionen DM zu erhöhen. Zum anderen solle der Ansatz für die "Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet" um 2 Millionen auf 3 Millionen DM gekürzt werden. Schließlich sollten die Erläuterungen zu Kapitel 10 020 Titel 892 62, die die Reiterolympiade in Aachen oder Barcelona beträfen, ersatzlos gestrichen werden.

04.03.1991 the-ro

Abgeordneter Kuckart (CDU) rät der SPD-Fraktion, sich, statt die Verpflichtungsermächtigungen um 20 Millionen DM aufzustocken und damit kommende Jahre zu belasten, den Vorstellungen der CDU-Fraktion zu nähern, die dafür eintrete, aus Mitteln der Städtebauförderung zweckgebunden einen bestimmten Betrag für den Sportstättenbau zur Verfügung zu stellen. Denn Sportstätten dienten nicht mehr nur schulischen Zwecken, sondern zählten zur Infrastruktur einer Stadt und müßten deshalb auch aus dem dafür zuständigen Ressort gefördert werden.

Die Vorbereitung der Bewerbung um die Ausrichtung von Olympischen Spielen im Ruhrgebiet sei seinerzeit als eine der vordringlichsten Aufgaben bezeichnet worden. Insofern mute es eigenartig an, wenn der Ansatz nun nach den Vorstellungen der SPD um 2 Millionen DM gekürzt werden solle. Ihn interessiere dazu spätestens in der Antragssitzung am 18. März die Begründung der SPD-Fraktion.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß zwischen den Fraktionen vereinbart worden sei, heute die Antragssitzung durchzuführen.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.) räumt ein, daß ursprünglich die heutige Sitzung als Antragssitzung vereinbart worden sei, macht aber geltend, daß die Einladung keinen Hinweis darauf enthalte. Zudem habe sich die Sachlage erheblich geändert: Die Etatberatungen des Landtags seien verschoben worden. Der Finanzminister habe seine Haushaltsvorlage geändert, die wiederum von der SPD nochmals verändert worden sei. Insofern scheine ihm nicht der Zeitpunkt gekommen, heute im Ausschuß über den Etat abzustimmen.

Abgeordneter Champignon (SPD) weist darauf hin, daß der CDU-Abgeordnete Dautzenberg als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses begehrt habe, die Abstimmungssitzungen in dieser Woche durchzuführen. Die Ausschüsse müßten sich an diese Zeitvorgabe halten. Deshalb könne niemand - und schon gar nicht die CDU - für sich in Anspruch nehmen, von der heutigen Antragssitzung nichts gewußt zu haben.

Abgeordneter Kuckart (CDU) gibt zu bedenken, daß die nächste Fraktionssitzung der CDU erst morgen stattfinde und die CDU somit bisher keine Chance gehabt

04.03.1991 the-ro

habe, auf die am Montag und Dienstag vergangener Woche von der SPD-Fraktion vorgenommenen radikalen Änderungen am Haushaltsplanentwurf des Finanzministers zu reagieren. Ein solches Verfahren könne er nicht gutheißen.

Der Vorsitzende erinnert daran, daß er die ursprünglich für den vergangenen Montag anberaumte Antragssitzung auf Wunsch der Fraktionen um eine Woche verschoben habe. Insofern sei allen Beteiligten bekannt gewesen, daß heute über Anträge zum Haushalt abgestimmt werde.

Im Hinblick auf den Vorschlag der CDU-Fraktion, Städtebauförderungsmittel für den Sportstättenbau einzusetzen, macht Abgeordneter Alt-Küpers (SPD) deutlich, daß die Städtebauförderungsmittel im Lande bereits sechsfach überzeichnet seien. Da diese Mittel zudem in den nächsten Jahren zugunsten der neuen Bundesländer drastisch gekürzt werden sollten und die Bund-Länder-Förderung generell in Frage stehe, halte er es für ausgeschlossen, den verbleibenden Rest noch zusätzlich mit Anforderungen aus dem Sportstättenbau zu belasten. Er bitte die CDU um Auskunft, wie nach deren Vorstellungen dann noch die langfristig geplante Städtebauförderung vonstatten gehen solle.

Nach Ansicht des Abgeordneten Kuckart (CDU) geht es hierbei um das Setzen von Prioritäten. Sportgelegenheiten könnten gegebenenfalls wichtiger sein als andere Maßnahmen im Rahmen des Städtebaus. Sportanlagen gehörten zweifellos zur Infrastruktur einer Gemeinde und müßten insofern auch aus Mitteln der Städtebauförderung, die entsprechend umgeschichtet werden müßten, gefördert werden.

Er bitte die SPD-Fraktion, noch einmal zu überlegen, ob es nicht im Sinne der weiteren Entwicklung des Sports der richtige Weg sei, als Sportausschuß den Anspruch zu erheben, daß Sportanlagen nicht nur aus Mitteln des Kultusministeriums, sondern auch aus Städtebauförderungsmitteln gefördert werden sollten.

Abgeordneter Herder (SPD) räumt ein, daß es aus der Sicht der Infrastruktur sicherlich richtig sei, Sportstättenbauten aus Städtebauförderungsmitteln zu fördern. Auch die SPD-Fraktion habe darüber in der letzten Wahlperiode beraten, jedoch seien die Sportpolitiker mit ihren Vorstellungen unterlegen. Allerdings sei aus dem

04.03.1991 the-ro

Etat des seinerzeitigen Städtebauministers Zöpel eine ganze Menge auch für Sportbauten getan worden.

Was den Antrag der CDU-Fraktion angehe, so habe bereits Abgeordneter Alt-Küpers darauf hingewiesen, daß das Land Nordrhein-Westfalen weniger Mittel für die Städtebauförderung erhalte, weil die fünf neuen Bundesländer mit berücksichtigt werden müßten. Deswegen könne man eine solche Transaktion, wie sie der CDU vorschwebe, im Augenblick nicht realisieren.

Auch eine Umschichtung innerhalb der eigenen Mittel des Landes komme nicht in Betracht, da die Städtebauförderungsmittel völlig überzeichnet seien. Durch eine solche Umschichtung würden auch die Gemeinden überfordert.

Die Kürzung der Mittel für die Vorbereitung der Bewerbung um die Olympischen Spiele auf 3 Millionen DM sei auch seiner Fraktion sehr schwergefallen. Aber wenn der Etat um 1 Milliarde DM gekürzt werden müsse, dann könne sich auch der Sport nicht vor der Notwendigkeit verschließen, sich daran in irgendeiner Form zu beteiligen. Aus diesem Zwang heraus sei diese Kürzung von den Sportpolitikern der SPD selbst angeboten worden.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.) betont, seine Fraktion habe die 5 Millionen DM für die Olympischen Spiele nicht einfach kürzen, sondern diese Mittel anders aufteilen wollen, weil diese Position in der Tat so nicht mehr aufrechtzuerhalten sei.

Im Haushaltsplanentwurf 1991 seien gegenüber den vorjährigen Ansätzen bei den Sonstigen Zuweisungen an Gemeinden - Titel 653 90 - und den Sonstigen Zuschüssen für laufende Zwecke im Inland - Titel 685 90 - Kürzungen um jeweils 500 000 DM vorgenommen und dafür 1 Million DM für sächliche Verwaltungsausgaben neu eingesetzt worden, die seines Erachtens nichts anderes darstellten als einen Verfügungsfonds der Landesregierung. Er bitte dazu um eine Begründung. Ihm wäre es lieber, man würde solche Mittel noch in diesem Jahr für den Sportstättenbau zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Herder (SPD) erklärt, man wolle für das Sportland Nordrhein-Westfalen in außergewöhnlichem Maße werben, damit man nicht wieder in eine Situation wie im Januar gerate, als man mit der Olympiabewerbung letzten Endes

04.03.1991 the-ro

aus zwei Gründen gescheitert sei: Zum einen sei Berlin ganz zweifellos ein klangvollerer Name als das Ruhrgebiet. Zum anderen gingen viele größere Sportveranstaltungen an Nordrhein-Westfalen vorbei. Es könne aber nicht richtig sein, daß wichtige Sportveranstaltungen immer nur nach Berlin, München oder Stuttgart vergeben würden. Nordrhein-Westfalen müsse die Sportverbände reizen, hierherzukommen, und dafür müsse das Land auch etwas tun.

(Ergebnisse der Abstimmungen über die Anträge siehe Beschlußteil dieses Protokolls.)

Nach den Abstimmungen weist Ministerialrat Dirks (MWF) darauf hin, daß im Kapitel 06 510 - Deutsche Sporthochschule Köln - in Titel 251 10 die Zuweisungen des Bundes zu den laufenden Ausgaben für das Leistungszentrum für Hockey und Judo veranschlagt würden. Dieser Veranschlagung liege ein bestimmter Verteilungsschlüssel der Ausgaben zwischen Bund und Land zugrunde. Bei der Anwendung dieses Schlüssels sei ein Rechenfehler insofern unterlaufen, als eine bestimmte vorher abzuziehende Einnahmenkomponente, nämlich die Eigeneinnahmen des Leistungszentrums, in Höhe von 210 000 DM außer Betracht gelassen worden sei. Dies müsse jetzt nachgeholt werden, um nachteilige Auswirkungen auf die Ausgabemöglichkeiten der Sporthochschule auszuschalten; denn das Ausgabevolumen der Sporthochschule für das Leistungszentrum würde sich auf diese Weise wegen der korrespondierenden Vermerke um 210 000 DM verringern. Aus diesem Grunde sei die Berichtigung in den Einnahmen notwendig.

Dadurch entstehe eine Deckungslücke von 210 000 DM, die im Zentralkapitel des Ministeriums aufgebracht werden solle.

Diese Frage sei, so fügt Oberamtsrat Günther (FM) an, mit dem Finanzministerium abgestimmt und auch die Frage der Deckung einvernehmlich so geregelt.

Der Ausschuß stimmt daraufhin mit dem im Beschlußteil dieses Protokolls wiedergegebenen Ergebnis über den Haushalt der Deutschen Sporthochschule ab.